

# 1 **Demokratie verwirklichen! Frieden schaffen!**

## 2 **FÜR EINEN STARKEN BUND DER ANTIFASCHISTEN – NAZIS, MILITARISTEN** 3 **UND RASSISTEN STOPPEN!**

4  
5 Im Sommer 2014 jährt sich der Beginn des Ersten Weltkrieges zum 100. Mal und der  
6 des Zweiten Weltkrieges zum 75. Mal. Die Kriegsschuld lag bei Deutschland. Wir  
7 sind aufgerufen, die Verantwortung zu erkennen und nie wieder derartige  
8 Jahrtausendverbrechen zuzulassen. Es gilt, eine breite Friedensbewegung und  
9 umfassende Antifaschistische Bewegung zu schaffen. Die Stärkung unserer  
10 Kampfgemeinschaft, der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes / Bund der  
11 Antifaschisten ist eine vordringliche Aufgabe.

12 Von konservativen Historikern als „Urkatastrophe des 20. Jahrhunderts“ bewertet, war  
13 der 1. Weltkrieg die militärische Auseinandersetzung der imperialistischen Mächte  
14 auf dem europäischen Kontinent. Bis dahin wurden Stellvertreterkriege in weit  
15 entfernten Kolonien geführt. Mit dem Fall der Monarchien, besonders der Revolution  
16 in Russland, und dem Versailler Vertrag der Siegermächte wurde Europa neu  
17 sortiert. Die wirtschaftliche Umstellung vom Wettrüsten auf Finanztransaktionen, der  
18 Wegfall geeigneter Abnehmer industrieller Produkte auf einem vorher existierenden  
19 Markt schien den Kapitalismus an einen Abgrund zu bringen. Die Machtübernahme  
20 faschistischer Parteien in mehreren europäischen Ländern führte erneut zu einem  
21 Wettrüsten. Imperialistische Eroberungspläne der deutschen Naziregierung führten  
22 zum 2. Weltkrieg. Millionen Menschen starben im Krieg und an seinen Folgen, oder  
23 wurden aus rassistischen Gründen vom deutschen Faschismus vernichtet.

24 „Nie wieder Krieg, nie wieder Faschismus“ war daher die Losung der überlebenden  
25 Widerstandskämpfer/innen und Opfer des Faschismus, die sich mit der Vereinigung  
26 der Verfolgten des Naziregimes ihre Kampforganisation schufen. Sie setzte sich für  
27 eine bedingungslose demokratische Neuordnung ein. Der Faschismus war zwar  
28 militärisch besiegt, dessen Akteure aber in den Staatsapparat re-integriert.  
29 Geheimdienste, Polizei, Justiz, die neu gegründete Bundeswehr und die Ministerien  
30 griffen dankbar auf „erfahrene“ Akteure zurück.

31 Die eingebrannte Losung der Mitte und der Konservativen „Der Feind steht links“  
32 fand seine Höhepunkte in den Verboten linker Organisationen der 50er Jahre. Eine  
33 Aufarbeitung des „Kalten Krieges“ steht in NRW genauso aus wie in der gesamten  
34 Republik. Spätere Landesminister und Bundespräsidenten aus NRW verteidigten z.  
35 B. als Juristen antifaschistische Landtagsabgeordnete, die im Gefängnis saßen;  
36 welche NRW-Geschichte erzählt heute diese Fakten?

37 Mit der Forderung vor allem junger Menschen nach mehr Demokratie in den 60er  
38 und 70er Jahren des 20. Jahrhunderts wurde vermehrt Kritik an den bestehenden  
39 Verhältnissen laut. Protest gegen den Vietnam-Krieg, gegen Atomkraft und den  
40 Abbau der gerade erkämpften Demokratie sind einige Beispiele. Staatliche  
41 Repression war die Antwort: Berufsverbote gegen eine kritische Opposition.

## Entwurf Leitantrag VVN-BdA Landesdelegiertenkonferenz 8.2.2014

42 Der Konservatismus der wirtschaftlichen Eliten ließ die Bundesrepublik ungeachtet  
43 der „Sozialpartnerschaft“ zur Top-Wirtschaftsmacht in Europa und zum „Export-  
44 Weltmeister“ werden.

45 Seit Beginn der achtziger Jahre blieb der soziale Staat durch Sozialabbau und  
46 Abwälzung der Krisenlasten auf die arbeitenden und arbeitslos gemachten  
47 Menschen auf der Strecke. Diese Entwicklung wurde nach der Wende und  
48 Wiedervereinigung noch beschleunigt. Armut wurde wieder – jetzt staatlich  
49 angeordnet- zum Bestandteil des Alltags. Mit dem Abbau des Sozialstaates wurde  
50 die alte Neid-Debatte neu belebt. Flüchtlinge und Migranten wurden von den  
51 erstarkten Neofaschisten als Ursache wirtschaftlichen Niedergangs gesehen.  
52 Rassistische Morde und Hetze wurden wieder Bestandteil der Nachrichten. Die  
53 Asyldebatte Anfang der 90er Jahre gab den Anstoß zum Abbau der Grundrechte für  
54 Asylsuchende. Alarmierend sind heute so genannte „breite Protestbewegungen“ in  
55 der Nähe von Asylbewerberunterkünften – auch in NRW. Der derzeitige Rassismus  
56 nährt sich auch aus dem Wirken eines SPD-Sarrazins und anderer (z.B. AfD, Pro  
57 NRW). Zum Antisemitismus kam Anti-Islamismus, aber auch der wachsende Anti-  
58 Ziganismus hinzu. Die Mordserie des NSU war deshalb kein Betriebsunfall der  
59 Geschichte.

60 Die Morde des NSU sind in NRW, anders als in anderen Bundesländern, nicht vom  
61 Parlament aufgearbeitet worden. Sie waren nur möglich, weil Teile des  
62 Staatsapparats - langer Tradition folgend - geholfen haben. Neonazi-Gruppen  
63 konnten sich nur deshalb so entwickeln, weil sie sich auf einen manifesten  
64 staatlichen und gesellschaftlichen Rassismus stützen konnten und können. Der  
65 Umgang von Teilen der so genannten „Mitte der Gesellschaft“, mit den Rechten ist  
66 davon geprägt, dass sie seit Jahren zu viele gemeinsame inhaltliche Schnittmengen  
67 mit den Nazis hat, um diese wirklich zu bekämpfen.

68 Krieg ist wieder Mittel der Politik, egal in welcher Koalitionsfarbe! Die Bundeswehr  
69 dürfte sogar mit Kriegswaffen im Inneren kämpfen und wirbt ihren Nachwuchs in  
70 Schulen und Hochschulen. Sie entwickelt eine Tendenz zum Staat im Staat,  
71 Militarismus ist wieder salonfähig.

72 Der Aufbau des „Heimatschutzes“ und der wachsende Einfluss rechter Reservisten-  
73 Verbände, die oft in der Nazi-Wehrmachtstradition stehen, befördern diesen  
74 Militarismus, der auch von Nazis unterstützt wird. Er könnte ihnen, zum Beispiel über  
75 Reservistenverbände, wieder eine breite Basis verschaffen.

76 Anders als vor 1933 sind rechte Parteien heute nicht auf die Finanzmittel des  
77 Kapitals angewiesen, solange sie Staatsgelder durch Wahlen bekommen. Und die  
78 Kapital-Eliten sind auch noch nicht bereit, für Nazis zu zahlen. Nazis sind für sie  
79 dennoch nützlich, so um die Konzentration auf die sozialen und demokratischen  
80 Kämpfe sowie Friedensaktionen zu behindern..

81 Antifaschisten haben allein nicht genug Kraft, um gegen Kriege und Krisenfolgen und  
82 deren Verursacher zu kämpfen. Daher gilt es, die Kämpfe gegen Rechts mit denen  
83 für die sozialen und politischen Forderungen z.B. der Gewerkschaften und mit denen

## Entwurf Leitantrag VVN-BdA Landesdelegiertenkonferenz 8.2.2014

84 der Friedensbewegung zu verbinden. Ein antidemokratischer Krisenausweg –  
85 autoritär, wenn auch nicht faschistisch wie der von 1933 – muss verhindert werden.

86 Politik entscheidet immer mehr nach Interessen der Banken und der Finanz- und  
87 Wirtschaftseliten. Diese ergreifen immer häufiger direkt das Kommando in den  
88 politischen Institutionen, auch mittels illegitimer EU-Weisungen. So hat sich eine  
89 Krise der Demokratie entwickelt. Demokratische Grundrechte werden zugunsten  
90 eines „Supergrundrechts auf Sicherheit“ in einem Überwachungsstaat in Frage  
91 gestellt.

92 Die derzeitigen Landtagsfraktionen in NRW haben ihre parlamentarischen  
93 Mehrheiten kaum genutzt, um diesen Entwicklungen entgegenzuwirken. Die  
94 Parlamentarier in NRW zeigen keine Bestrebungen zu einem demokratischen  
95 Ausweg aus der Krise.

96

### 97 **Überwachungs- und Spionageaffäre**

98 Mitte 2013 wurden bis dahin noch nicht bekannte US-amerikanische Programme zur  
99 Überwachung der weltweiten Internetkommunikation enthüllt. Demnach werden  
100 seit Jahren in großem Umfang die Telekommunikation und insbesondere das  
101 Internet global und verdachtsunabhängig überwacht und die so gewonnenen Daten  
102 auf Vorrat gespeichert. Die Medien bezogen sich auf Enthüllungen von als Top  
103 Secret gekennzeichneten Dokumenten der National Security Agency (NSA). Aus  
104 unserem Land wurde kein wirklicher Protest der Regierenden gegen diese Praktiken  
105 bekannt, Bundes- und Landesregierung machen sich zum Komplizen dieser US-  
106 Praktiken und betreiben mit diesen auch hier den Überwachungsstaat. Grundrechte-  
107 und Bürgerrechte werden massiv beseitigt.

108

### 109 **Demokratie verwirklichen!**

110 Artikel 27 der Verfassung für das Land Nordrhein Westfalen regelt, was beim  
111 Missbrauch wirtschaftlicher Macht zu tun ist. Er stellt eine Schlussfolgerung aus den  
112 Entwicklungen von 1933 bis 1945 dar. Daher gilt es, Betriebe mit starkem  
113 Rüstungsanteil wie z.B. Thyssen-Krupp oder Rheinmetall zu vergesellschaften und  
114 damit ihr mörderisches Wirken zu beenden. Gegen Arbeitslosigkeit, kommunale  
115 Verschuldung, Bildungsnotstand und Begünstigung des Bankkapitals kann die  
116 Landesverfassung helfen.

117 Die Politik des Vorrangs „Privat vor Staat, Profit vor Mensch“ muss beendet werden.  
118 Ein Mindestlohn, der Menschen ohne zusätzliche Transferleistungen leben lässt und  
119 somit auch eine ausreichende Alterssicherung gewährt, ist Verfassungsauftrag. Das  
120 Recht auf Arbeit muss endlich als Menschenrecht verstanden und verwirklicht  
121 werden. Artikel 24 der Landesverfassung NRW bietet dazu bereits jetzt die  
122 Handhabe:

## Entwurf Leitantrag VVN-BdA Landesdelegiertenkonferenz 8.2.2014

123 „Im Mittelpunkt des Wirtschaftslebens steht das Wohl des Menschen. Der Schutz  
124 seiner Arbeitskraft hat den Vorrang vor dem Schutz materiellen Besitzes. Jedermann  
125 hat ein Recht auf Arbeit. Der Lohn muss der Leistung entsprechen und den  
126 angemessenen Lebensbedarf des Arbeitenden und seiner Familien decken. Für  
127 gleiche Tätigkeit und gleiche Leistung besteht Anspruch auf gleichen Lohn, das gilt  
128 auch für Frauen und Jugendliche.“

129 Politikverdrossenheit und das Gefühl des „Ausgeliefertseins in die Situation“ könnte  
130 durch die Verwirklichung des Artikels 26 der Landesverfassung behoben werden: In  
131 ihm „wird das Recht der Arbeitnehmer auf gleichberechtigte Mitbestimmung bei der  
132 Gestaltung der wirtschaftlichen und sozialen Ordnung anerkannt und gewährleistet.“

### 133 **Freie Kameradschaften verboten – neue Partei gegründet**

134

135 Die VVN begrüßt das 2012 endlich ausgesprochene Verbot sog. „freier“ und  
136 „nationaler“ Kameradschaften. Gleichzeitig fordert die VVN NRW, die Partei „Die  
137 Rechte“ als Nachfolgeorganisation der verbotenen Kameradschaften ebenfalls zu  
138 verbieten.

139 Die VVN fordert außerdem das Verbot der neofaschistischen NPD sowie aller  
140 anderen faschistischen und rassistischen Parteien. Auch diese Forderung ist bereits  
141 in der Landesverfassung, Artikel 32 verankert: „Vereinigungen und Personen, die es  
142 unternehmen, die staatsbürgerlichen Freiheiten zu unterdrücken oder gegen Volk,  
143 Land oder Verfassung Gewalt anzuwenden, dürfen sich an Wahlen und  
144 Abstimmungen nicht beteiligen.“

145

### 146 **Antifaschismus - kommunal**

147 Die Durchsetzung wirkungsvoller Positionen des Antifaschismus und der  
148 Friedenserziehung in den Kommunen ist dringend geboten.

149 Die VVN-BdA hat dazu ihre Vorschläge vorgelegt. Sie fordert die  
150 Kommunalpolitikerinnen und -politiker auf, diese Vorschläge in der Praxis  
151 anzuwenden.

152 Legitimer antifaschistischer Protest gegen Naziaufmärsche und –aktionen wird immer  
153 noch kriminalisiert, obwohl von den Demonstrierenden dabei keine Gewalt ausgeht.  
154 Die VVN-BdA fordert: die Verfolgung von Antifaschisten ist zu beenden.

155

### 156 **Abschiebepaxis beenden – Refugees welcome!**

157 Die auch in NRW übliche Abschiebepaxis muss beendet werden. Besonders die  
158 Situation der ständig von Abschiebung bedrohten Sinti und Roma besonders aus  
159 dem Kosovo ist zu verbessern. Ihnen ist wegen der dort herrschenden Verfolgung  
160 Bleiberecht zu gewähren. NRW muss insgesamt mehr Flüchtlinge aufnehmen – das  
161 tödliche Beispiel vor der Insel Lampedusa darf sich nicht wiederholen.

162

### 163 **Frieden schaffen!**

164

### 165 **Erziehung zu Frieden und Völkerverständigung**

166 Artikel 7 der Landesverfassung verlangt die Erziehung „zur Völkergemeinschaft und  
167 zur Friedensgesinnung“. Deshalb:

### 168 **Kein Werben für´s Sterben**

169 Der Kooperationsvertrag der Landesregierung mit der Bundeswehr muss gekündigt  
170 werden. Die Bundeswehr soll auch nicht in Hochschulen, Argen und Jobcentern  
171 werben dürfen.

172

### 173 **NRW ohne Militär**

174 Die Landesregierung setzt die Politik der Militarisierung in NRW fort. Sie bittet um die  
175 Erhaltung der Truppenstärke in NRW, ja sogar sie aufzustocken. Sie beteiligt sich an  
176 militärischen Spektakeln und dem Aufbau einer Reservistenarmee im Innern des  
177 Landes.

178 Stattdessen sollte sie Programme zur Rüstungskonversion entwickeln.

179 NRW ist längst zu einem Zentrum militärischer Kommandos ausgebaut worden. Das  
180 Streitkräfte-Unterstützungs-Kommando Köln und das Bundesministerium für  
181 Verteidigung mit seinem Sitz in Bonn organisieren die Auslands-Einsätze  
182 Deutschlands auf den Kriegsschauplätzen der Welt und ebenso die Zivil-Militärische  
183 Zusammenarbeit (ZMZ) im Inland. Seit Juli 2013 steht in Kalkar am Niederrhein ein  
184 Luftkommando bereit, um den Krieg weltweit per Joystick zu führen, so auch z.B.  
185 Einsätze von Kampfdrohnen.

186 Die Landesregierung soll im Bundesrat gegen alle Auslandseinsätze stimmen.

### 187 **Bündnispolitik**

188 Die VVN-BdA NRW beteiligt sich an breitesten Bündnissen. Alle, die Neofaschisten  
189 bekämpfen, sind als Bündnispartnerinnen und –partner angesprochen. Die VVN  
190 wendet sich gegen Ausgrenzungen z.B. autonomer oder sog. extremistischer  
191 Zusammenhänge. Besonders strebt die VVN-BdA NRW eine noch intensivere  
192 Zusammenarbeit mit Gewerkschaften und Migrantenorganisationen an. Die VVN-  
193 BdA NRW arbeitet in antimilitaristischen Bündnissen mit und stellt somit das Bündnis  
194 von Antifaschismus und Antimilitarismus her.

195 Die VVN-BdA NRW initiiert und beteiligt sich an Aktionen wie „Bundeswehr raus aus  
196 Schulen und Rathäusern“. Die VVN-BdA NRW nimmt an den Ostermärschen und an  
197 weiteren Protesten gegen Militäreinrichtungen teil.

198 Die VVN-BdA NRW unterstützt das Programm „Schulen ohne Rassismus“.

199

## Entwurf Leitantrag VVN-BdA Landesdelegiertenkonferenz 8.2.2014

### 200 **Aktion „Stolpersteine“**

201 Die VVN-BdA NRW unterstützt die Aktion „Stolpersteine“ zur Erinnerung und  
202 Mahnung an die Opfer des Faschismus.

203

### 204 **Mitsprache in der Gedenkstätten-Arbeit**

205 Die Gedenkstätten in NRW sollten weiterhin den Opfern und Hinterbliebenen des  
206 Faschismus die Mitsprache und Mitwirkung ermöglichen. Die Umwandlung der  
207 Gedenkstätten zu allgemeinen Museen oder Ausstellungen unter Zurückstellung des  
208 Gedankens der Mahnung und des „Nie wieder“ muss beendet werden.

209 Die klammheimliche Beseitigung von Darstellungen der Verbindungen ökonomischer  
210 Eliten und des damaligen Konservatismus beim Aufstieg und der Etablierung des  
211 Faschismus muss beendet werden.

### 212 **Spurensuche „Verbrechen der Wirtschaft 1933-1945“**

213 Die VVN-BdA NRW hat die Aktion Spurensuche „Verbrechen der Wirtschaft 1933-  
214 1945“ ins Leben gerufen. Sie setzt sich für Erinnerungsarbeit mit Warntafeln u.ä. vor  
215 Ort ein.

216

### 217 **„Kinder des Widerstandes“**

218 In einer Zeit, da auf die Zeitzeugengeneration leider fast ganz verzichtet werden  
219 muss, ruft die VVN-BdA NRW dazu auf, Angehörige und Hinterbliebene als auch  
220 antifaschistische Mitstreiter der älteren Generation ihren Auftrag der Erinnerung und  
221 Mahnung zu übernehmen. Deshalb unterstützt die VVN-BdA NRW die Gruppen  
222 „Kinder des Widerstandes“.

223

### 224 **Entschädigung vergessener Opfer**

225 Die VVN-BdA NRW ehrt die Kämpferinnen und Kämpfer gegen Faschismus und  
226 Krieg, gedenkt der vielen Millionen Opfer des faschistischen Raubkrieges – auch des  
227 Ersten Weltkriegs. Sie setzt sich für vergessene Opfergruppen ein.

228

### 229 **Rehabilitierung der Opfer des Kalten Krieges**

230 Die VVN-BdA NRW unterstützt die Bestrebungen zur Rehabilitierung der Opfer des  
231 Kalten Krieges. Unter den politischen Häftlingen der Nachkriegszeit waren und sind  
232 auch zahlreiche Mitglieder der VVN-BdA.

233

### 234 **Gedenktage**

235 Die VVN-Kreisverbände sind aktiv bei den Aktionen zu Gedenktagen wie zum  
236 Beispiel zum am 1. Mai, dem Tag der Befreiung am 8. Mai oder am 1. September,

## Entwurf Leitantrag VVN-BdA Landesdelegiertenkonferenz 8.2.2014

237 dem Antikriegstag, und an allen übrigen Gedenktagen. Sie weisen mit eigenen  
238 Initiativen auf ihre antifaschistische Aktivität hin. Dem 9. November, ein besonderer  
239 Gedenktag deutscher Geschichte, wird in vielfältiger Weise gedacht.

240

### 241 **Aufarbeitung der NRW-Geschichte**

242 Eine Aufarbeitung der NS-Geschichte des Landes, besonders des Landtages, ist  
243 notwendig.

244 Die historische Aufarbeitung des Kalten Krieges ist bisher ebenso wenig dargestellt  
245 wie die Zeit der Berufsverbote.

246 Weiterhin fehlt bisher eine komplexe Analyse rechter Gewalttaten in NRW.